PETITION AN DEN GEMEINDERAT nach Art.56 Abs.3 bayGO

UNRECHTMÄSSIGKEIT DER PAUSCHALEN ABWASSERGEBÜHREN-
VERRECHNUNG VON 12 m³ ABWASSERVOLUMEN BEI NACHWEIS DER
NICHTNUTZUNG DER ENTWÄSSERUNGSEINRICHTUNG § 10 Abs. 3a) BGS/EWS

Petenten:

[REDACTED]

[REDACTED]

90596 Schwanstetten

Sehr geehrte Damen und Herren des Marktgemeinderates Schwanstetten,

Die seitenfüllenden Schriftstücke von Bürgermeister, Geschäftsführer und Kämmerer der Marktgemeinde Schwanstetten zum Thema (Nicht-)Wirksamkeit der 12 m³ Verrechnungspauschale bei Gartenwasserzählerbesitzern an uns, erscheinen uns als Verwirrspiel und Fake News. Mit der Veröffentlichung der Antwort auf eine Anfrage des Marktgemeinderats erweitert der oben genannte Personenkreis mit seiner Desinformation sogar den Empfängerkreis, und das nicht nur auf den Personenkreis des Marktgemeinderats, sondern auch auf alle Bürgerinnen und Bürgern. So wird in dem Schreiben behauptet, der 12 m³ Pauschalabzug entspricht exakt der bay. Mustersatzung.

Der genaue Text der Musterfassung lässt einen Platzhalter zum Eintragen einer Zahl: Hier das genaue Zitat: „Wassermengen bis zu ...m³ jährlich“

Am 10.01.2020 veröffentlichte Herr Peter Lösch ein Schriftstück mit Bezugnahme auf Zitate eines Standardwerkes Wuttig/Thimet mit dem Stand Juli 2019 ungeachtet dessen, dass eine neue Rechtsprechung zu genau diesem Thema seit November des Vorjahres vorliegt – also Desinformation mit veralteten und überholten Tatsachen (= neudeutsch Fake News).

Der bayrische Verwaltungsgerichtshof (VGH München, Beschluss v. 18.11.2019 – 20 B 17.1852) zeigt die Unwirksamkeit einer solchen Bagatellgrenze mit ausgiebiger Sachargumentation, die wir Ihnen, wie folgt, etwas besser veranschaulichen:

1) Homogene oder Heterogene Siedlungsstruktur:

So eine pauschal festgelegte Bagatellgrenze, ist überhaupt dann nur gerechtfertigt, wenn eine absolut homogene Siedlungsstruktur vorliegt. Eine derart gleichmäßige und genau vergleichbare homogene Siedlungsstruktur mag in der Planstadt Mannheim der Fall

sein, in Bayern ist diese jedoch sehr schwer auffindbar. Schon allein deshalb besitzt die von der Marktgemeinde pauschale Bagatellgrenze keinerlei sachliche Grundlage. Auf diese sachliche Grundlage stützt sich die Marktgemeinde ja auch gar nicht wie in Absatz 4 dieser Petition ersichtlich.

2) Äquivalenzprinzip:

Anton fährt zur Tankstelle und tankt 50 Liter Benzin. Nach dem Äquivalentprinzip muss er auch für 50 Liter bezahlen und nicht für 62 Liter und auch nicht für 38 Liter.

Bertha fährt zur Tankstelle, nutzt nicht die Zapfsäule und kauft dort einen Blumenstrauß. Der Tankwart möchte ihr 12 Liter Benzin in Rechnung stellen. Dies gelingt dem Tankwart jedoch nicht, da sein Tun ein Verstoß gegen das Äquivalenzprinzip darstellt.

Die Marktgemeinde Schwanstetten möchte von Gartenwasserzählerbesitzer, die nachweislich für 12 m³ Wasser den Kanal nicht benutzen, eine Nutzungsgebühr von 12m³ Abwasser verrechnen. Die Richter vom VGH München sehen dies als Verstoß gegen das Äquivalenzprinzip.

3) Gleichheitsgrundsatz:

Anton und Bertha besitzen je eine Doppelhaushälfte. Anton ist leidenschaftlicher Gärtner und baut sein Gemüse im Garten selbst an, was er im Sommer gießt. Bertha ist leidenschaftliche Bahnfahrerin und hat ihren Garten mit Gleisschotter aufgefüllt, damit sie nicht so viel Unkraut jäten muss. Beide verbrauchen 80 m³ Frischwasser im Jahr für Haushalt, Dusche/Bad und WC. Diese 80 m³ Schmutzwasser werden in beiden Haushalten dem Abwassersystem zugeführt. Anton vergießt zusätzlich 12 m³ Wasser im Garten, bezahlt das Frischwasser, nutzt aber den Schmutzwasserkanal in gleicher Weise wie Bertha. Damit er keine Abwassergebühr zahlen muss, weist er mittels Gartenwasserzähler die Versickerung von 12 m³ Wassers im Garten nach. Die Marktgemeinde Schwanstetten erwartet jedoch, dass Anton für 92 m³ Abwassergebühr zahlt, obwohl er genau wie Bertha den Schmutzwasserkanal nur für 80 m³ nutzt. Die Richter vom VGH München sehen darin den Gleichheitsgrundsatz verletzt und referieren schriftlich über die Unangemessenheit der Benachteiligung von Gartengrundstücken.

4) Umlage der Kosten für Verwaltungs- und Kontrollaufwand

Die Marktgemeinde Schwanstetten vertreten durch ihren Kämmerer Peter Lösch gibt selbst - als einzigen Sachgrund - zu (Nachweis Schriftverkehr mit Familie [REDACTED] und auch Veröffentlichung vom 10.01.2020) und findet es (fälschlicherweise) auch noch als gerechtfertigt, den Verwaltungs- und Kontrollaufwand der Gartenwasserzählerabrechnung mit eben dieser 12 m³ Regelung als quasi Gebühr den Gartenwasserzählerbesitzern aufzuerlegen. Dabei stützt sie sich auf die Aussagen von Frau Thimet. Frau Thimet arbeitet als Juristin beim Bayerischen Gemeindetag. Genau diese Aussage von Frau Thimet war Bestandteil des Gerichtsprozesses VGH München am 18.11.2019. Die Untersuchung und Überprüfung der obersten Richter bringen ans Licht, dass der Gedanke der Vertreterin des Bayerischen Gemeindetags als **SACHFREMD** bewertet wird. Genauer führen die Richter sogar auf, dass

Generalverdacht und Unterstellung von treuwidrigen Bürgerverhalten nicht nur nach einem üblichen Moralkodex moderner Politiker, sondern auch im kommunalen Abrechnungswesen in vollster Weise abzulehnen ist. Daraus folgt, dass Vollzug von vorbeugender Kontrolltätigkeiten, damit einhergehendes Kostenkonstrukt und Regularium zur Eintreibung dieser Kosten vom Bürger, nicht im Geringsten auf so einer Argumentation aufgebaut und durchgeführt werden darf.

Es Besteht nun kein Zweifel mehr, dass die kundgetane Meinung im Wuttig/Thimet, erstellt von Frau Thimet selbst, als parteiische Interessenvertreterin von bayrischen Gemeinden wie der der Marktgemeinde Schwanstetten, weder beim obersten bayrischen Gericht noch in der Realität Bestand hat.

Der Verzicht auf die vorbeugenden Kontrollmechanismen wird schon allein für die Marktgemeinde Kosteneinsparungen bringen. Ein weiterer kostenminimierender Faktor stellt die online-Zählerstandsmeldung für Gartenwasserzähler dar, wie es beim Zweckverband Wasserversorgung Schwarzachgruppe für Frischwasserzähler schon lange Stand der Technik ist. Es wird ohnehin allerhöchste Zeit, hinsichtlich dem Gebot der sparsamen Verwendung öffentlicher Mittel, die Zählerstandserfassung für die Gartenwasserzähler analog dem Wasserversorger ebenso online umzusetzen.

Spätestens ab dem heutigen Tag und eigentlich ab dem 18.11.2019 ist der Pauschalabzug unter § 10 Abs. 4a der aktuellen Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung des Marktes Schwanstetten (BGS-EWS) nichtig. Daraus resultiert, dass die bald ausgestellten Abwassergebührenbescheide für 2019 bei Gartenwasserbesitzer auf unwirksamen Satzungsstellen fußen und damit rechtlich anfechtbar sind. Eine Veröffentlichung und damit Information aller Bürger über diesen Sachstand wird zwangsläufig notwendig. Darüber hinaus sei der Abrechnungsstelle geraten, durch die Unwirksamkeit der 12 m³ Pauschalgebühr, diese erst gar nicht zu verrechnen.

Ebenfalls ist die Entwässerungssatzung der Marktgemeinde Schwanstetten spätestens nun, aufgrund der aktuellen Rechtsprechung des bayrischen Verwaltungsgerichtshofes, zu überarbeiten. Auch wenn die Nachrichten von Peter Lösch an uns (Email vom 12.08.2019 und 09.12.2019) den Anschein geben, man habe im Rathaus keine Lust dazu.

Als Basismuster für eine neue Satzung kann z.B. die erst kürzlich überarbeitete Entwässerungsgebührensatzung des Markt Cadolzburg herangezogen werden, oder die der Stadt Schwabach, deren Oberbürgermeister als ehem. Richter und 1. Bürgermeister als Volljurist mittels ihrer Fachlichkeit, und sicherlich auch ihrem Moralkodex gegenüber ihren treuschaffenden Bürgern verpflichtet, schon seit Jahren die Satzung gänzlich ohne 12 m³ Pauschalberechnung angepasst und veröffentlicht haben. (Zur Information stellen wir Ihnen beide Satzungen in der Anlage dieser Petition zu Verfügung)

Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums des Innern v. 23.7.2009 - Auszug abgedruckt in Nitsche/Baumann/Mühlfeld, Satzungen zur Abwasserbeseitigung, Stand 6/2019, Erl. 69.83).